

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für den Nachdruck: 20 O. 11.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariasstraße 38/40.
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. 18. 24 bei Hal. zweimal. Zustell. frei Haus 1,50 Goldmark. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die 10sp. 30 mm br. Zeile 30,-, ausm. 15 A. Familienanzeigen u. Kleingeldanzeigen ohne Rabatt 10,-, auherb. 20,-, die 50 mm breite Reklamazeile 150,-, auherb. 200,-. Offertengebühr 10 A. Ausm. Guldrige geg. Vorausbezahl. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

F. Hermann Beeg A.-G. Dresden-A.
Reichhaltiges Musterlager!
Bade-, Wasch- und Klosett-Anlagen
Reichhaltiges Musterlager!

Koffer
Einfach
Waffen- 23
Koffer

Elek-Zentral-Luftheizungen
für Etagen, Villen, Landhäuser, Säle, Autohallen
Geringe Anschaffungskosten, billig im Betrieb, keine Reparaturen
Chr. Garms, Dresden-A., Gr. Zwingenstr. 13
Fernsprecher. 16262

Die deutsche Unterwerfung.

Deutschland fügt sich der Verlängerung der Ruhrbesetzung.

Die Londoner Konferenz darf als beendet angesehen werden. — Zusammenschluß der Deutschvölkischen und Nationalsozialisten.

Beringfügige Zugeständnisse Herriots.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 16. Aug. Der „Petit Parisien“ meldet: Die Entscheidung des Reichsministeriums von Berlin ist nach London telegraphisch worden. Der Inhalt kann wie folgt zusammengefaßt werden:

Deutschland nimmt die französischen Bedingungen an. Es nimmt Kenntnis von den Konzeptionen, die Herriot zu machen gewillt ist:

1. Die militärische Räumung des Ruhrgebietes beginnt am 15. August anhalt am 15. Oktober.

2. Die Zahl der Eisenbahner wird reduziert auf die eigentlichen Dienstleistungen.

Die deutsche Delegation in London wird sich bemühen, noch Konzeptionen in folgenden drei Punkten zu erhalten:

1. Sie wird versuchen, die Dauer für die Räumung des Ruhrgebietes auch von anderen Vertragsmächten annehmbar zu erhalten.

2. Sie wird versuchen, eine Milderung der Methode der Besetzung zu erhalten.

3. Sie wird versuchen, das Versprechen zu erhalten, daß die Gebiete von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort hinsichtlich der Räumung gleichmäßig wie das Ruhrgebiet behandelt werden.

Die Blankovollmacht aus Berlin.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 16. August. Der „Courant“ meldet aus London: Es wird zuverlässig berichtet, daß die deutsche Delegation eine Blankovollmacht von Berlin erhalten hat, die sie zur Annahme der Herriot'schen Räumungsanforderung ermächtigt. Um 9 Uhr abends ist ein kurzer Neuterbericht erschienen, in dem es heißt, daß die Besprechungen der Deutschen bei Macdonald keine Veränderung des Eintretens Macdonalds für die französische Räumungsformel zur Folge gehabt hat. Die Unterredung der Deutschen mit Macdonald ging kurz vor 7 Uhr zu Ende. Unmittelbar darauf fuhr der deutsche Außenminister Stresemann beim belgischen Ministerpräsidenten Thomaes und gegen 8 Uhr bei Herriot vor. Die Aussprache mit Herriot war erst gegen 9 Uhr beendet.

Schlussfassung vielleicht schon am Sonnabend.

London, 16. Aug. Wie aus Konferenzkreisen verlautet, ist es nicht unmöglich, daß die Abschlussfassung der Konferenz heute stattfindet. Um 10 Uhr morgens ist eine Anzahl Sachverständiger zusammengetreten, um u. a. verschiedene Fragen betr. das Rheinland zu erörtern. Um 11 Uhr trafen sich die deutschen, französischen und belgischen Hauptdelegierten, um die Verhandlungen von gestern abend fortzusetzen. Um 3 Uhr nachmittags ist eine Besprechung der großen Bierzeile anberaumt worden.

Wird die Bankwelt das Diktat anerkennen?

Der Grundsatz der Gleichberechtigung und die Freiwilligkeit Deutschlands sind mißachtet worden. Die Angewiesenheit der Anleihe.

London, 16. August. Das Ausschlaggebende der gestern gefundenen Lösung bleibt, daß diese Lösung das politische Endergebnis der Konferenz darstellt, welches der Bankwelt vorgelegt werden wird, die sich dann zu der Möglichkeit der Unterbringung einer deutschen Anleihe äußern wird. Es ist jedoch zum mindesten zweifelhaft, ob die Anleihe gegenwärtig aufgebracht werden kann. Selbst bei optimistischer Betrachtung kann nicht angenommen werden, daß die Anleihe vor Oktober zustande kommt, wenn überhaupt die Abwesenheit der Meinung sein sollten, daß das politische Ergebnis die Ausgabe der Anleihe rechtfertigt. Der Dawesplan hängt von dem Zustandekommen dieser Anleihe ab und diese Anleihe beruht auf der Freiwilligkeit der deutschen Verjüngung und der Zweckmäßigkeit der getroffenen Londoner Vereinbarung. Also

das letzte Wort in der Konferenz ist noch nicht gesprochen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Bankwelt sich nicht noch einmal den Jörn der Politik in Frankreich und England zuwenden wird. Daß die Konferenz letzten Endes trotz einiger politischer Ergebnisse ein Fehlschlag war, dürfte deutlich sein. Ueberblickt man den Verlauf der letzten Tage, die die kritische Wendung gebracht haben, so erahnt sich, daß der entscheidende Fehler von Seiten Macdonalds und Kelloggs begangen worden ist. Die Willigung des französischen Planes über die Zurückziehung der Ruhrbesetzung hat die Mehrheit gegen Deutschland zustande gebracht, hat aber vor allem eine Diktatlösung als Erfolg der Freiwilligkeit hervorgerufen.

Nach Govaas soll abends 6 Uhr eine Kollisionskonferenz abgehalten werden, in der die Unterchriften unter das Schlußprotokoll erfolgen würden. Sollten sich im Laufe des Tages noch Schwierigkeiten ergeben, so würde die Schlußfassung der Konferenz erst am Montag stattfinden. Man erwartet, daß bei Ende der heutigen Verhandlung zwischen den deutschen, französischen und belgischen Hauptdelegierten die Noten betr. die Ruhräumung ausgetauscht werden. (W. Z. B.)

Deutsch-französischer Notenaustausch.

Die Festlegung der Besetzungserläuterung. London, 16. August. Das amtliche Kommando, das über die gegenseitigen Besprechungen mit Paris und Stresemann auf der einen und Herriot auf der anderen Seite ausgearbeitet worden ist, findet deutlich an, daß die deutsch-französischen Verhandlungen über die militärische Räumung des Ruhrgebietes erst heute zum Abschluß kommen werden. Die deutsche und die französische Delegation wird, wie angefündigt, Briefe miteinander austauschen. In dem Schreiben Herriots

wird die Zusage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes innerhalb der Maximalfrist von einem Jahre gegeben und die sofortige Räumung der sogenannten Aachenhälfte angefündigt. Darüber hinaus wird auch die Zurückziehung der Besetzungstruppen aus Ruhrort zugesagt. Das Herriot in dem Briefe nicht ansprechen dürfte, ist die baldige Räumung von Dortmund. Weiter soll der Brief Herriots noch einen Passus enthalten, der von deutscher Seite als ganz besonders wichtig angesehen werden muß.

Herriot will sich gegen die deutsche Erklärung, daß die Besetzung der Ruhr unrechtmäßig und gescheitert erfolgt ist, wehren.

Daß Herriot sich diese These Poincaré's zu eigen macht, beweist auf das deutlichste, von welchen Einflüssen er abhängig ist. Die deutsche Delegation wird in ihrem Briefe den deutschen Protest

gegen die unrechtmäßige und vertragswidrige Besetzung der Ruhr wiederholen, sich im übrigen damit begnügen, die Mitteilungen des französischen Ministerpräsidenten über die Art und die Durchführung der militärischen Räumung zur Kenntnis nehmen.

Heute vormittag traten die Delegationen Frankreichs und Belgiens an einer Sitzung zusammen, um die militärische Räumung des Ruhrgebietes endgültig schriftlich festzulegen und abzusenden zu unterzeichnen. Die Bekanntgabe dieses Abkommens über die militärische Räumung des Ruhrgebietes an die Konferenz kann sich um einen Tag verzögern, da gestern verabredet wurde, daß heute Spezialverhandlungen zwischen dem deutschen Delegierten v. Schunberg und dem französischen Mitglied des Generalkomitees, George, der zu diesem Zweck nach London gerufen wurde, stattfinden.

Ein führendes Londoner Blatt wirft Macdonald Fehler vor.

London, 16. August. Die „Westminster Gazette“ schreibt: Es sei, falls die Ruhrbesetzung noch ein weiteres Jahr dauern sollte, schwer, dem Wunsch zu widerstehen, daß die Konferenz in den letzten Tagen liegen möge. Macdonald hätte diese Entwidlung niemals anlassen dürfen. Er machte unerlich Fehler. Es hätte niemals den Anschein haben dürfen, daß er abseits dieser äußerst wichtigen Frage stehe. Man könne sich nicht vorstellen, daß die Bankiers die Anleihe zeichnen würden, wenn Frankreich weiterhin ein Teil des Herzogens des industriellen Deutschlands auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert werden sollte. (W. Z. B.)

Rückkehr zur Politik des Schutzes der nationalen Arbeit.

Die bedrängte Lage der Landwirtschaft hat bewirkt, daß ihre berufenen Führer und Organisationen mit allem Nachdruck die Rückkehr zur Politik des Schutzes der nationalen Arbeit fordern, die dem alten Reiche das wirtschaftliche Gepräge aufdrückte. Der Reichslandbund, der Sachsischer Landeslandwirtschaftsrat, der Nassauische Bauernrat, die Hamburger und Lübecker Landwirte, die hannoverschen Berufsvereine, zahlreiche preussische Kreislandbünde, kurz, alle maßgeblichen Kreise, die auf Gedeih und Verderb mit der Ackerkollone verknüpft sind, verlangen gemeinsam einen wirksamen Zollschutz für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die seit dem Ausbruch des Krieges schonungslos der fremden Konkurrenz preisgegeben waren. Diese Notrufe haben auch im Reichsrat, der verfassungsmäßigen Vertretung der Länder, ein verständnisvolles Echo gefunden, und diese Körperschaft hat der Zollschutzvorlage, welche die Reichsregierung unter dem Druck der landwirtschaftlichen Notlage eingebracht hatte, ihre Zustimmung erteilt. Danach wird die am 1. August 1914 erlassene Verordnung aufgehoben, welche für eine ganze Reihe von Nahrungsmitteln die Zölle herabsetzte. Nunmehr sollen die Zölle zunächst in der alten Höhe wieder eingeführt werden. Die Zölle werden in der alten Höhe wieder eingeführt werden: Roggen, Weizen, Speltz, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Hirse, Hafer, Schafe, Schweine, Speck und Schweinefleisch. Ferner wird die Regierung zu vorübergehenden Zolländerungen ermächtigt, insbesondere im Sinne einer Erhöhung der 1914 nicht aufgehobenen industriellen Zölle, aber nur in solchen Fällen, wo ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt; der Reichsrat und der wirtschaftliche Ausschuss des Reichstages müssen dann ihre Zustimmung geben.

Die Einköpfung ist über dieses Vorgehen der Regierung und des Reichsrates ganz aus dem Häuschen geraten und stellt sich wenigstens so, als ob sie es wäre, und sie benutzt mit sichtlichem Behagen die Gelegenheit, um alle die Phrasen, die sie früher gegen den Schutz der nationalen Arbeit ins Feld führte, neu aufzufrischen und das Lied von dem „arabischen Lebensmittelwunder“ in allen Tonarten zu singen. Gegenüber derartigen geistlichen Entstellungen und Verdrehungen muß immer wieder festgehalten werden, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen und was es mit der Behauptung von der durch den Schutz bewirkten Lebensmittelverteilung auf sich hat. Tatsache ist, daß die Kleinhandelspreise für Lebensmittel trotz der bisher freien freien Weizen- und Weizenmehl-Einfuhr über den Friedenspreisen von 1914 liegen, während sowohl die Einfuhrpreise wie die, welche der landwirtschaftlichen Erzeuger erhält, mit Ausnahme von Milch und Eier, die nur einen sehr geringen Bruchteil der landwirtschaftlichen Gesamterzeugung darstellen, weit unter die Friedenspreise hinuntergeraten. Der deutsche Verbraucher hat also von dem angeblichen preismindernden Einfluss des Nichtvorhandenseins von Schutzzöllen bis jetzt nicht das mindeste verspürt, vielmehr ist der Zwischenhandel in seinen verschiedenen Abteilungen der sich freude Dritte gewesen, dessen Gewinne zur Folge haben, daß der Landwirt weniger erhält als im Frieden, und daß der Verbraucher trotzdem mehr bezahlen muß als früher. Werden nun wieder Schutzzölle eingeführt, so können diese eine gewisse Fortsetzung der Lebensmittelpreise nur dann bewirken, wenn es nicht gelingt, den Zwischenhandel, soweit er überflüssig, ungesund und unwirtschaftlich ist, unschädlich zu machen. Der Reichslandbund hat daher in richtiger Würdigung dieser Zusammenhänge bereits Schritte eingeleitet, um zwischen seinen Genossen und denen der Verbraucher eine direkte Verbindung herzustellen und so die Preisspanne zu verringern. Dabei ist es dann freilich unvermeidlich, daß die Handelskreise, die ihre Ausschüttung befürchten, sich zur Wehr setzen. Es muß daher versucht werden, die Belange von Erzeugern, Verbrauchern und Handel möglichst gerecht abzuwägen und nur dort einzugreifen, wo sich im Handel unethische Gewinne und vermeidbare Zwischenstufen zeigen.

Die Schutzzölle sind unbedingt nötig, um die Landwirtschaft aus der ihr immer tiefer ins Reich schneidenden Krise zu retten und sie wieder rentabel zu machen. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität auf eine Stufe, auf der sie die Ernährung des ganzen Volkes zu sichern vermag, ist eine Frage von höchster Bedeutung für die Allgemeinheit. Ginge die deutsche Landwirtschaft infolge der schrankenlosen fremden Konkurrenz andauernd zurück, so würde ihre auf äußerster Verminderung basierende Konkurrenz auch auf die Industrie in ruinöser Weise einwirken. Die Industrie würde dann ihre hauptsächlich